



September 2011

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Mehrheit gegen erweiterten Rettungsschirm und gegen Eurobonds.....	5
Angesichts der Krise wollen die Deutschen mehr Europa.....	7
Vier von zehn finden „Vereinigte Staaten von Europa“ gut.....	8
Anhaltende Dominanz von Wirtschaft über Politik.....	9
Große Sorge um Ausmaß der Euro- und Schuldenkrise	10
Beunruhigung über die Verhältnisse in Deutschland erneut verstärkt.....	12
Libyen: Ja zu wirtschaftlicher Hilfe, Nein zu deutscher Beteiligung an Friedenstruppe	14
Libyen: Deutsche Enthaltung war aus Sicht der Deutschen richtig	15
Kritik von Helmut Kohl an deutscher Außenpolitik findet positives Echo	16
Politikerzufriedenheit: De Maizièrre mit Steinmeier und Steinbrück vorne	17
Ansehen der Bundesregierung etwas verbessert.....	19
Sonntagsfrage: Union wieder deutlicher stärkste Partei.....	20

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND September 2011

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Heiko Gothe (Infratest dimap) ☎ 030 / 533 22 - 116	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte	
Erhebungszeitraum:	29. bis 30. August 2011 Sonntagsfrage: 29. bis 31. August 2011	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	☎ 030/533 22 - 113
	Reinhard Schlinkert	☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, September 2011
67.10.119310

Analyse

Zusammenfassung

Die geplante Ausweitung des Euro-Rettungsschirms sehen die Deutschen kritisch: Zwei Drittel (66 Prozent) sind der Meinung, dass der Bundestag dies ablehnen sollte. Auch die Beteiligung Deutschlands an Eurobonds wird von einer Mehrheit (55 Prozent) zurückhaltend bewertet, lediglich 35 Prozent befürworten dies. Obwohl die Bürger die Maßnahmen für die Begrenzung der Schuldenkrise mit Skepsis betrachten, sprechen sie sich für eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit aus: 64 Prozent wünschen sich, dass die EU-Länder künftig mehr gemeinsame Politik machen. Die von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagenen „Vereinigten Staaten von Europa“ finden 53 Prozent nicht gut, immerhin 42 Prozent befürworten sie jedoch.

Trotz der Maßnahmen zur Bekämpfung der Euro- und Schuldenkrise, glaubt eine große Mehrheit (80 Prozent), dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht. Drei Viertel (76 Prozent) fürchten, dass unser Wohlstand durch die Krise bedroht ist und mehr als die Hälfte (57 Prozent) macht sich Sorgen um ihre Ersparnisse. Grund für diese Skepsis: Zwei Drittel (66 Prozent) glauben, dass die Bundesregierung den Überblick verloren hat – im Vergleich zum April 2009 ein Anstieg um 14 Punkte. Ebenso viele Bürger (65 Prozent) bezweifeln, dass die Bundesregierung in der Euro- und Schuldenkrise bisher die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Die Handlungsfähigkeit der Politik wird allerdings ohnehin eher gering eingeschätzt. Drei Viertel (74 Prozent) sind der Meinung, dass letztlich die Finanzmärkte über die Zukunft des Euro entscheiden und nicht die Politik.

Nach dem Ende der Ära Gaddafi befürworten 70 Prozent der Deutschen Libyen beim Wiederaufbau durch wirtschaftliche Hilfe zu unterstützen. Eine deutsche Beteiligung an einer möglichen internationalen Friedenstruppe stößt hingegen mehrheitlich auf Ablehnung: Die Entsendung von Bundeswehrsoldaten würden lediglich 41 Prozent für richtig halten, 56 Prozent für falsch. Die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat im März zu einem NATO-Einsatz halten aus heutiger Sicht 54 Prozent der Bürger für richtig. Demgegenüber meinen 42 Prozent, Deutschland hätte dafür stimmen sollen – darunter bemerkenswerter Weise eine Mehrheit der Grünen-Anhänger. Die Kritik des Altkanzlers Helmut Kohl an der Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik findet bei zwei Dritteln (68 Prozent) ein positives Echo.

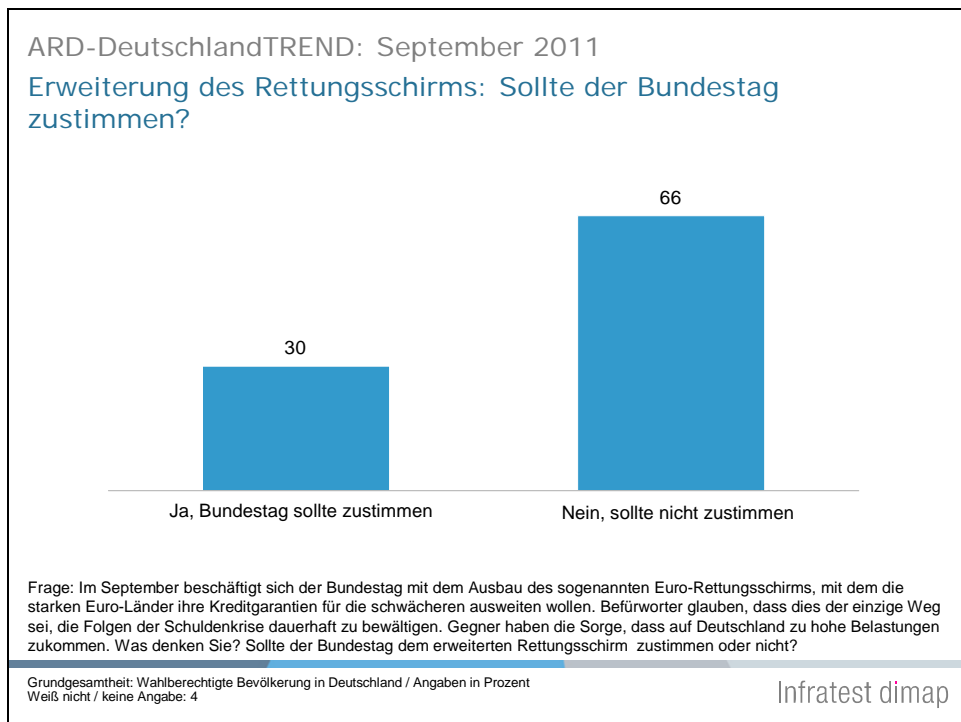
Die Rangliste der beliebtesten Politiker wird von einem Trio aus Verteidigungsminister Thomas de Maizière (57 Prozent) und den beiden Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier (57 Prozent) und Peer Steinbrück (56 Prozent) angeführt. Den letzten Platz der abgefragten Politiker belegt Außenminister Guido Westerwelle, der aktuell nur von 20 Prozent (-4 im Vergleich zum August) der Bevölkerung Lob erhält.

Im Zuge der Euro- und Schuldenkrise gelingt es der Union, ihren Wähleranteil auf 35 Prozent auszubauen (+3 Punkte gegenüber Anfang August). Die FDP verharrt mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle. Die SPD würde erneut 28 Prozent erreichen. Grüne (20 Prozent, -3) und Linke (7 Prozent, -1) büßen hingegen an Zustimmung ein. Alle anderen Parteien kämmen zusammen auf 6 Prozent (+1).

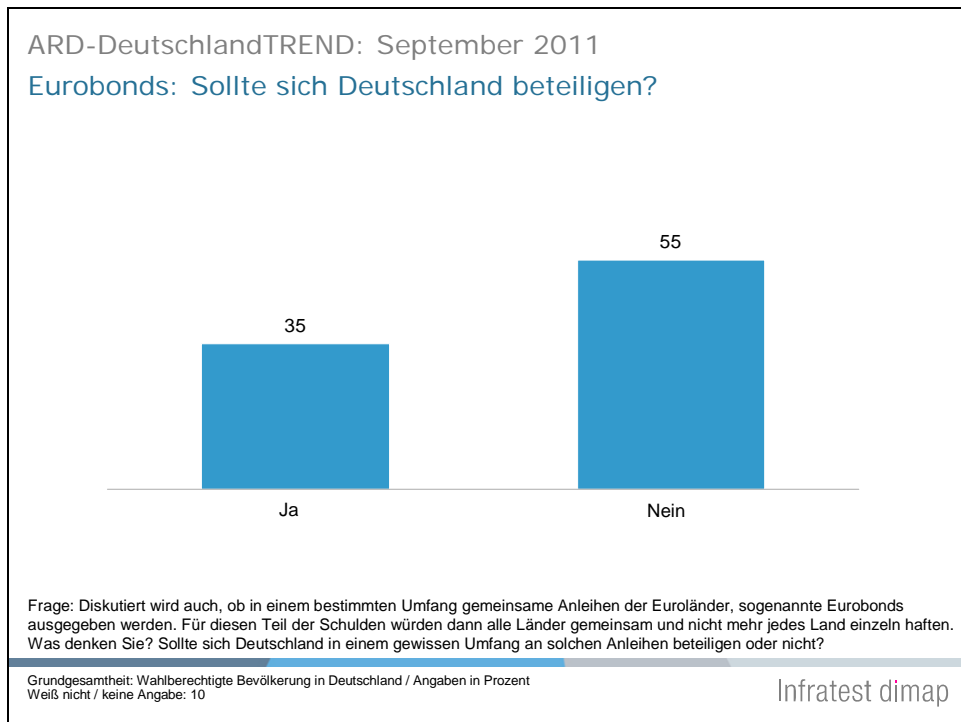
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND im September, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von drei Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 29. bis 31. August 1.002, für die Sonntagsfrage 1.502 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Mehrheit gegen erweiterten Rettungsschirm und gegen Eurobonds

Der Bundestag soll im September über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms abstimmen, den die europäischen Regierungschefs bereits im Juli verabredet hatten. Der von allen Euro-Ländern gespeiste sogenannte EFSF soll von 255 auf 440 Milliarden aufgestockt werden. Die Bürger in Deutschland sehen diese Ausweitung kritisch: Zwei Drittel (66 Prozent) sind der Auffassung, dass der Bundestag dies ablehnen sollte. Nur drei von zehn (30 Prozent) sind der Meinung, das deutsche Parlament sollte dem erweiterten Rettungsfonds zustimmen.



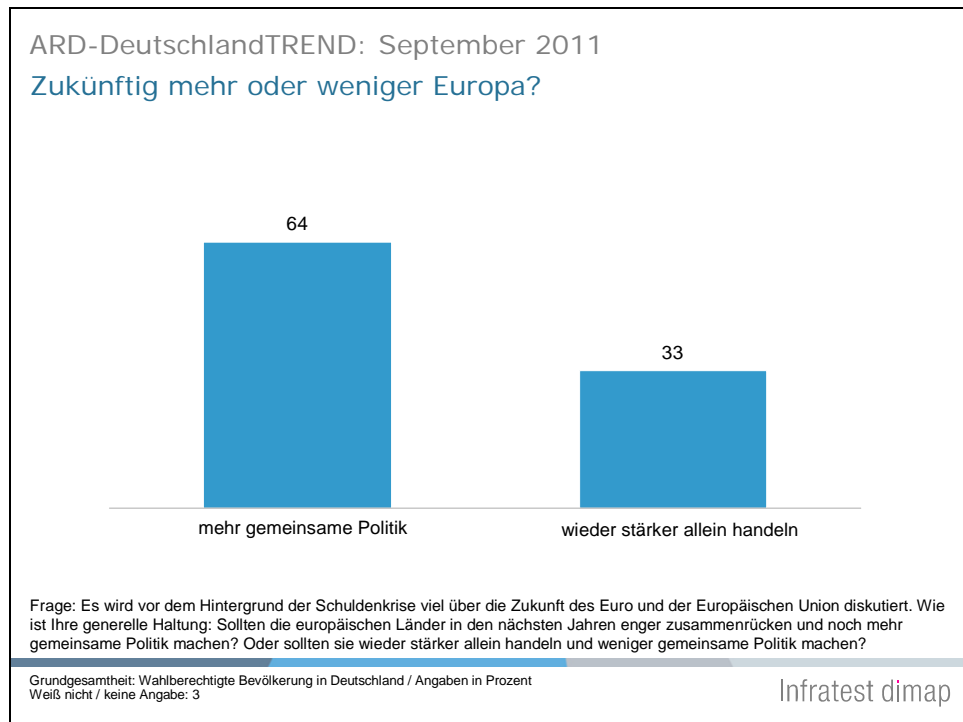
Unter den Parteien in Deutschland ist die Einführung von Eurobonds heftig umstritten. Eurobonds sind Staatsanleihen, bei denen nicht einzelne Länder, sondern alle Euroländer gemeinsam als Schuldner auftreten. Während die SPD deren Einführung befürwortet, stehen die Regierungsparteien Eurobonds mehrheitlich skeptisch gegenüber. Mit dieser Position haben Union und FDP eine Mehrheit der Bürger hinter sich, denn 55 Prozent lehnen eine deutsche Beteiligung an Eurobonds ab, ein gutes Drittel (35 Prozent) befürwortet sie.



Auch die Anhänger der Sozialdemokraten lehnen ein deutsches Engagement bei Eurobonds ab (54:40 Prozent). Gleiches gilt für die Anhänger der anderen Parteien – mit Ausnahme der Grünen, die in dieser Frage geteilter Meinung sind (45:43 Prozent).

Angesichts der Krise wollen die Deutschen mehr Europa

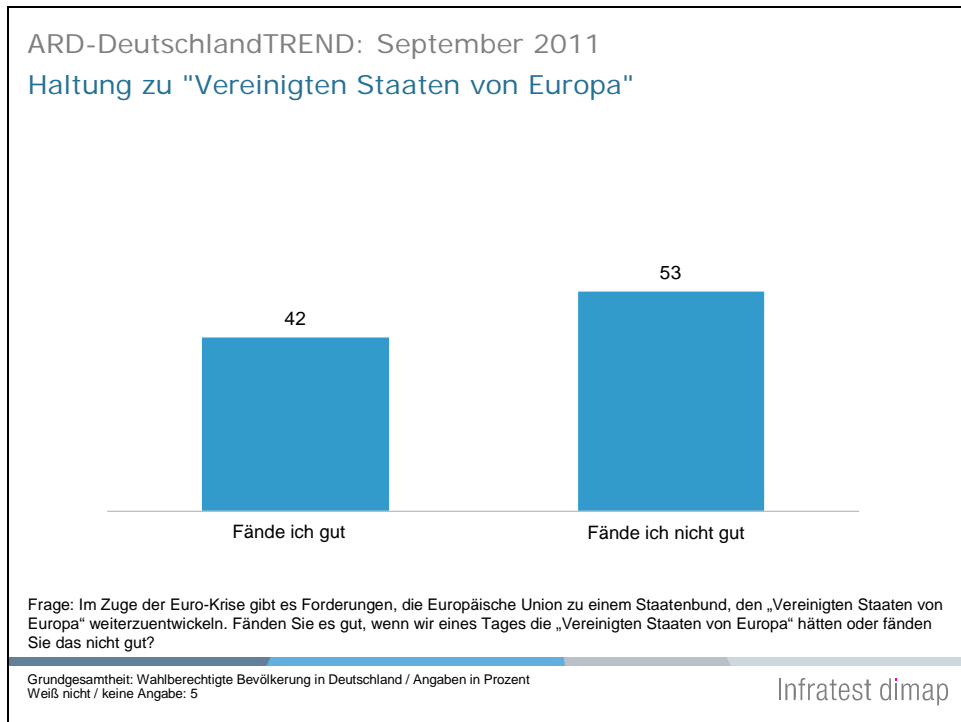
Obwohl die Deutschen die bereits verabredeten bzw. möglichen Maßnahmen für die Begrenzung der Schuldenkrise mit Skepsis betrachten, sprechen sie sich trotzdem für eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit aus: 64 Prozent wünschen sich, dass die europäischen Länder in den nächsten Jahren mehr gemeinsame Politik machen. Gegenteiliger Meinung sind 33 Prozent.



In allen Bevölkerungsgruppen überwiegen die Befürworter einer weiteren europäischen Integration. Allerdings sprechen sich Bürger mit niedrigem Einkommen weniger stark dafür aus als die Deutschen insgesamt. Innerhalb der Parteianhängerschaften findet die Vertiefung der EU in Reihen der Grünen (80 Prozent), der Union (70 Prozent) und der SPD (68 Prozent) den meisten Zuspruch. Bei den Anhängern der FDP ist das Meinungsbild gespalten.

Vier von zehn finden „Vereinigte Staaten von Europa“ gut

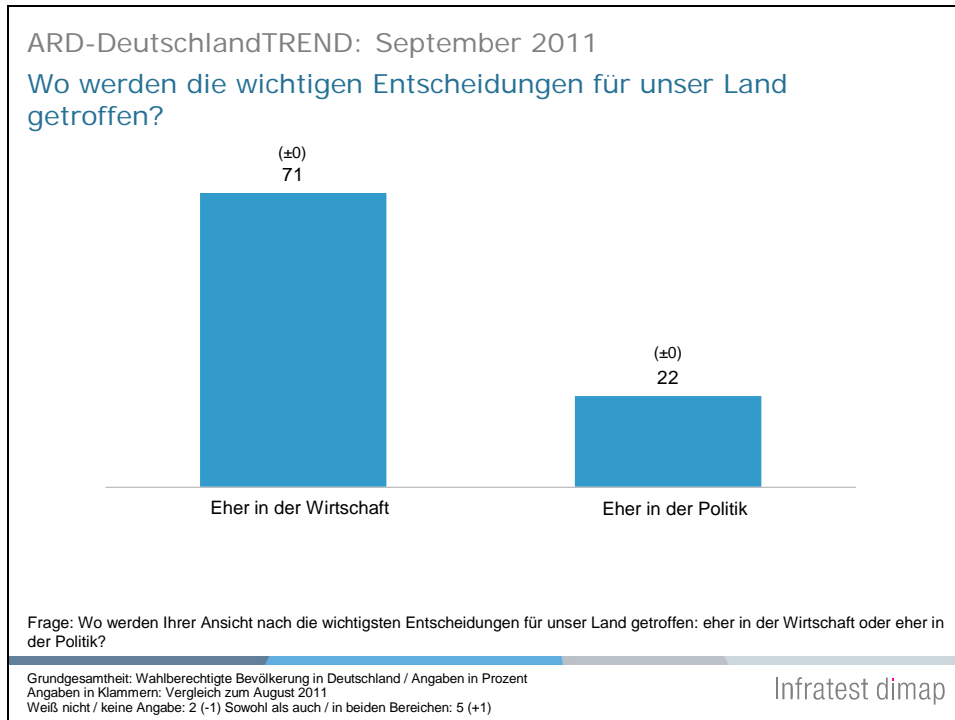
Sollten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union künftig eine weitere Vertiefung der Gemeinschaft beschließen, bedarf es dafür voraussichtlich großer Anstrengungen, um die Bevölkerung von diesem Vorhaben zu überzeugen. Die von Ursula von der Leyen in die Diskussion eingebrachten „Vereinigten Staaten von Europa“ finden 53 Prozent der Deutschen nicht gut. Immerhin 42 Prozent jedoch befürworten ihren Vorschlag.



Auch unter ihren eigenen Parteianhängern stößt der Vorschlag der Arbeitsministerin mehrheitlich auf Ablehnung. Lediglich bei den Anhängern der Grünen überwiegt die Zustimmung zu von der Leyens' Debattenbeitrag.

Anhaltende Dominanz von Wirtschaft über Politik

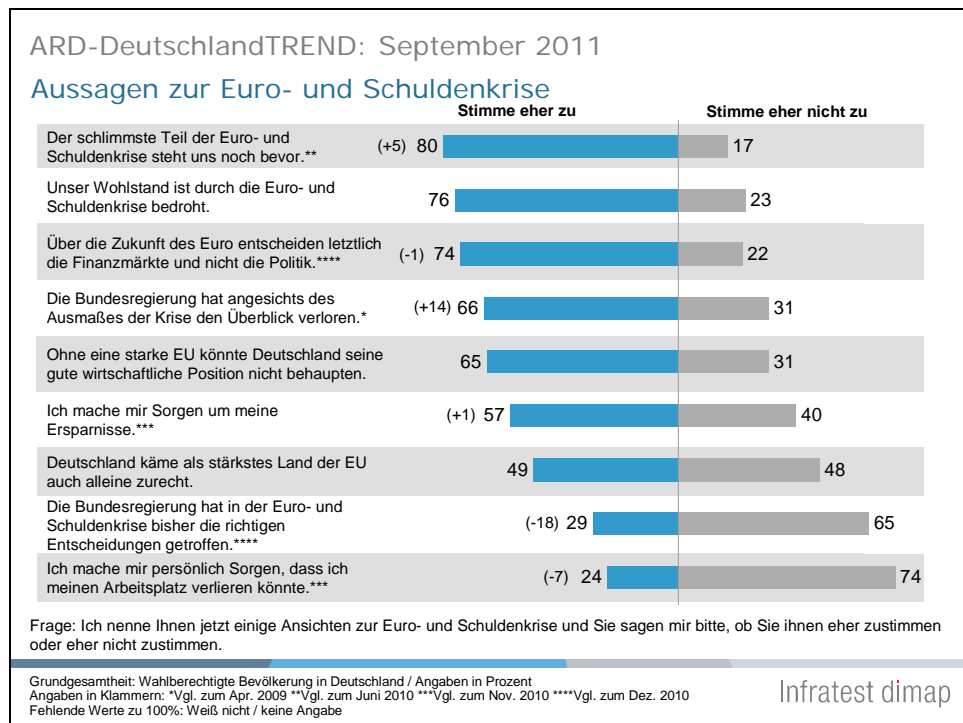
Unverändert zum Vormonat glaubt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger (71 Prozent), dass die wichtigsten Entscheidungen für Deutschland in den Chefetagen der Wirtschaft gefällt werden. Nur 22 Prozent (+/-0) sind der Ansicht, dass die Politik die entscheidenden Vorgaben für die Entwicklung Deutschlands liefert.



Wie bereits im August, konstatieren nicht nur die Anhänger der Oppositionsparteien, sondern auch die Anhänger der beiden Regierungsparteien, eine Dominanz der Wirtschaft über die Politik.

Große Sorge um Ausmaß der Euro- und Schuldenkrise

Trotz der Stabilisierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Euro- und Schuldenkrise, glaubt eine große Mehrheit der Deutschen (80 Prozent), dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht. Der Pessimismus hinsichtlich der künftigen Entwicklung ist damit in etwa so groß wie zuletzt im März 2009. Drei Viertel (76 Prozent) der Bevölkerung fürchten, dass unser Wohlstand durch die Euro- und Schuldenkrise bedroht ist und ähnlich wie im vergangenen Jahr macht sich mehr als die Hälfte der Bürger (57 Prozent) Sorgen um ihre Ersparnisse. Lediglich die Befürchtung, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, hat sich angesichts der positiven Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung gegenüber November 2010 spürbar verringert (24 Prozent, -7).

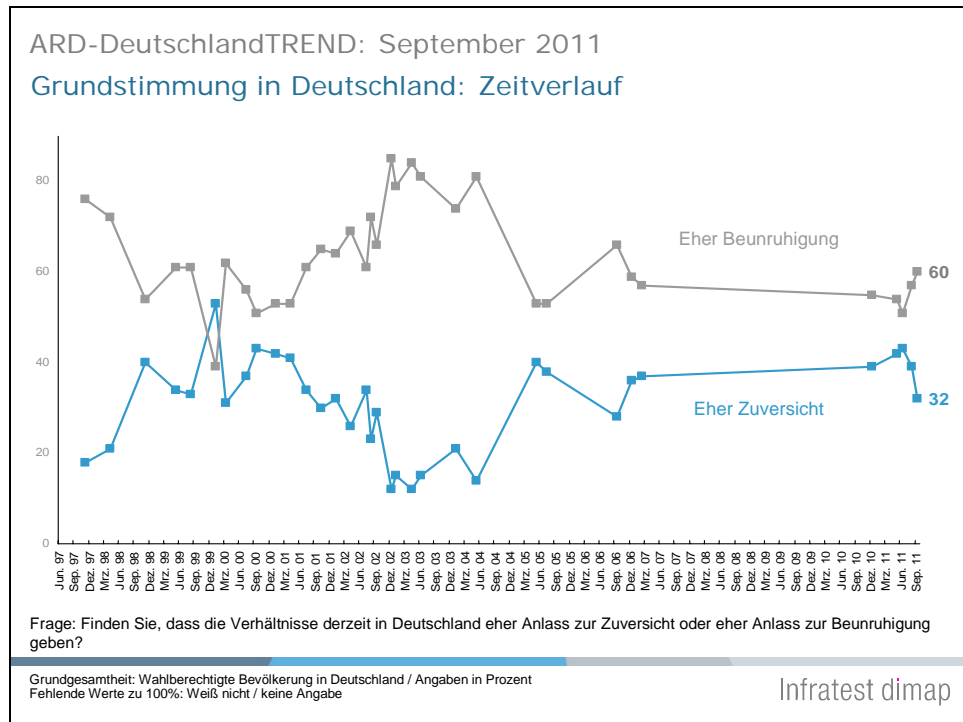


Den Ängsten in der Bevölkerung kann die Bundesregierung nur wenig entgegensetzen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen und immer neuen Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone glauben zwei Drittel (66 Prozent), dass die Bundesregierung den Überblick verloren hat – im Vergleich zum April 2009 ein Anstieg um 14 Prozent. Ebenso viele Bürger (65 Prozent) bezweifeln, dass die Bundesregierung in der Euro- und Schuldenkrise bisher die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Auch hier hat die Bundesregierung im Vergleich zum vergangenen Jahr erkennbar an Rückhalt eingebüßt (-18 Punkte). Selbst in Reihen der Unions-Anhänger ist nur jeder Zweite (50 Prozent) von der Richtigkeit der Entscheidungen überzeugt, in der FDP-Anhängerschaft überwiegt die Kritik.

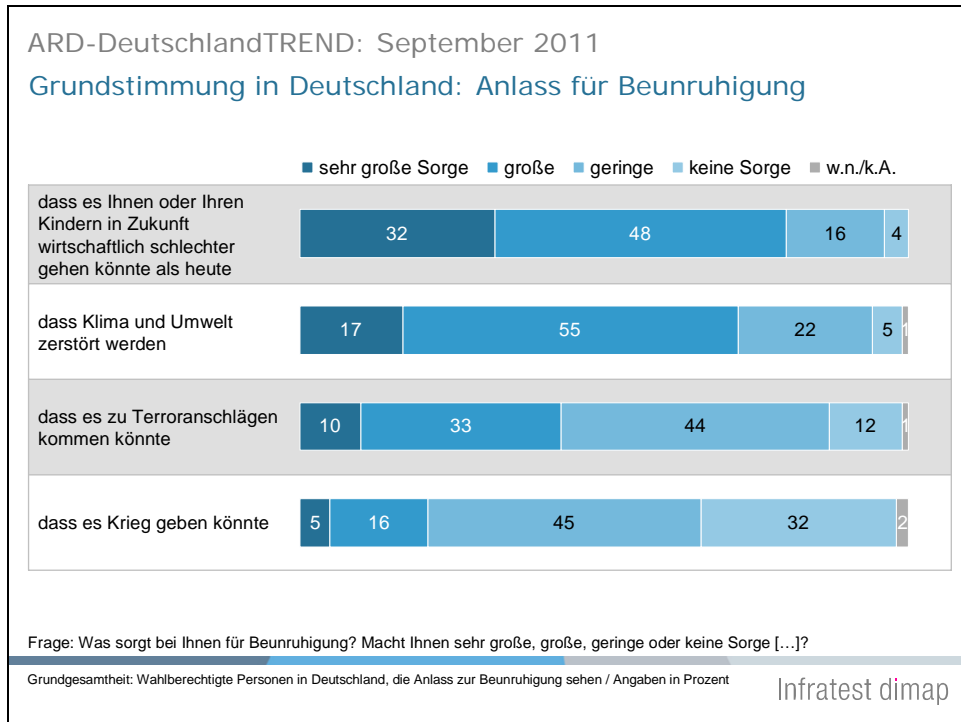
Zwar ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit (65 Prozent) der Ansicht, dass Deutschland seine gute wirtschaftliche Position ohne eine starke EU nicht behaupten könne, die Hälfte der Bundesbürger (49 Prozent) ist jedoch der Überzeugung, Deutschland käme notfalls auch alleine zurecht. Die andere Hälfte (48 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht. Die Handlungsfähigkeit der Politik wird allerdings ohnehin eher gering eingeschätzt. Drei Viertel (74 Prozent) sind der Meinung, dass letztlich die Finanzmärkte über die Zukunft des Euro entscheiden und nicht die Politik. In der Frage, ob Deutschland als stärkstes Land der EU auch alleine zurecht käme, halten sich Zustimmung und Ablehnung die Waage:

Beunruhigung über die Verhältnisse in Deutschland erneut verstärkt

Anfang September erklären sechs von zehn Bundesbürgern (60 Prozent), die Lage im Land würde ihnen Sorgen bereiten, 32 Prozent betrachten hingegen den Gang der Dinge eher mit Zuversicht. Damit hat sich die Beunruhigung in den letzten Wochen erneut etwas verstärkt: Im August bewerteten 57 Prozent die Situation als besorgniserregend. Damit ist der Pessimismus zur Zeit so groß wie zuletzt vor etwa vier Jahren.



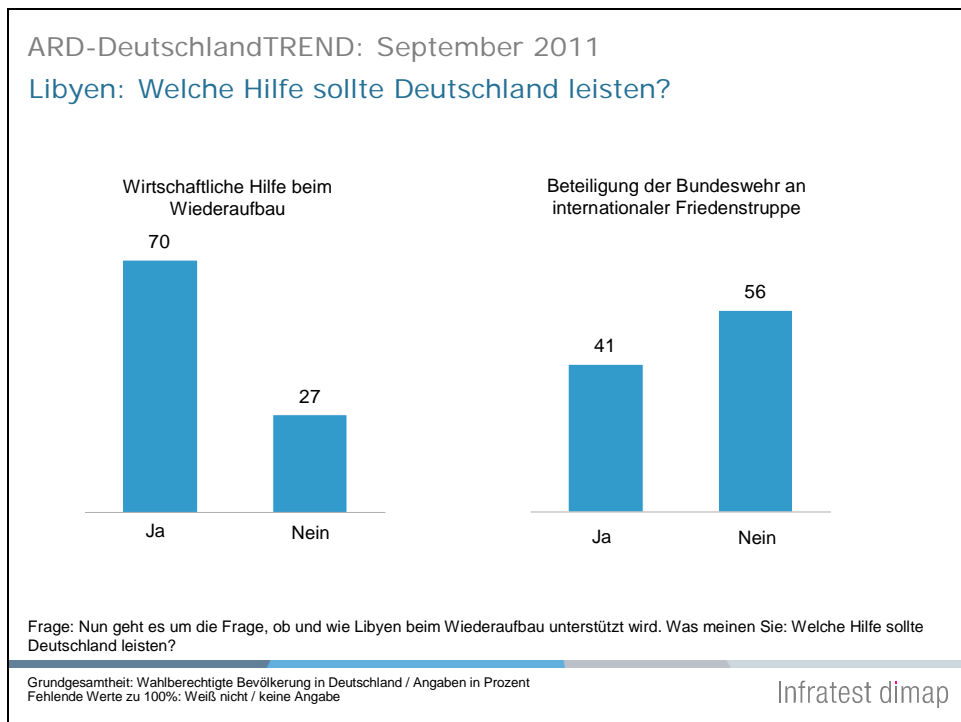
Bei den Gründen für die Beunruhigung stehen zwei Themen deutlich im Vordergrund: Die Bürger sorgen sich zum einen um die Gefahren des Klimawandels und der Umweltzerstörung, zum anderen um ihre eigene wirtschaftliche Zukunft und die der nachfolgenden Generation, was bei 72 bzw. 80 Prozent sehr große oder große Sorgen hervorruft.



Die Gefahr von Terroranschlägen lässt weit weniger Menschen (43 Prozent) skeptisch in die Zukunft blicken. Die Möglichkeit, dass es zu einem Krieg kommen könnte spielt mit 21 Prozent nur eine nachgeordnete Rolle.

Libyen: Ja zu wirtschaftlicher Hilfe, Nein zu deutscher Beteiligung an Friedenstruppe

In Libyen hat die Nach-Gaddafi-Ära begonnen, wenngleich der bisherige Machthaber von den Aufständischen nach wie vor nicht gefasst werden konnte. Nun stehen die Befriedung und der Wiederaufbau des nordafrikanischen Landes im Vordergrund. Libyen hat von vielen Staaten und auch von Deutschland Zusagen für die Hilfe beim Neuanfang bekommen. Weitgehend unstrittig ist aus Sicht der Bundesbürger dabei wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau, die von 70 Prozent befürwortet wird.

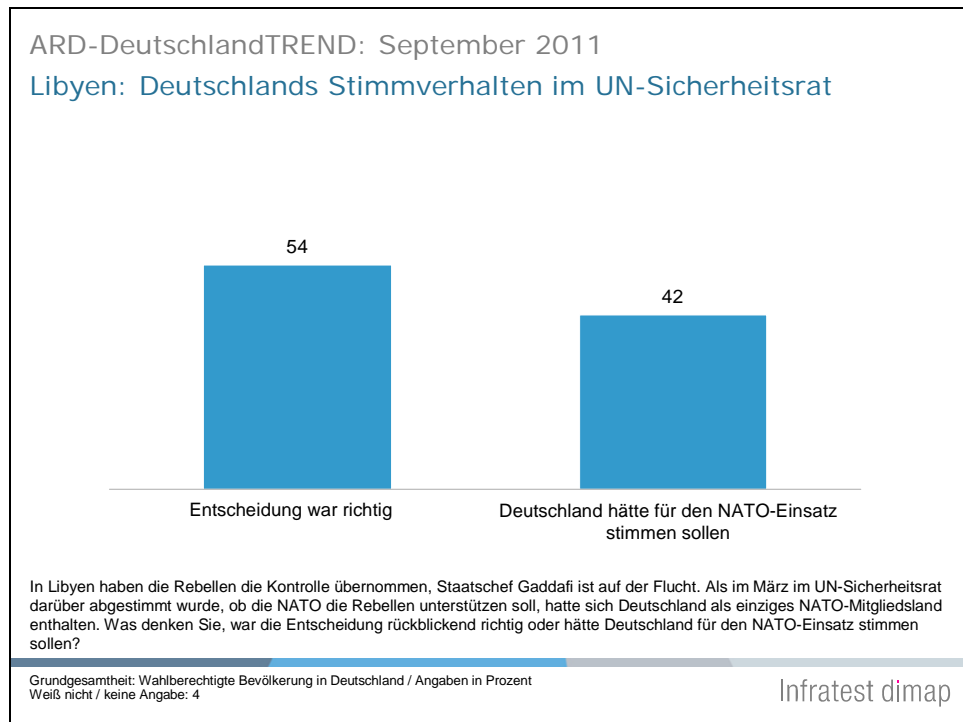


Eine deutsche Beteiligung an einer möglichen internationalen Friedenstruppe stößt hingegen mehrheitlich auf Ablehnung: Die Entsendung von Bundeswehrsoldaten würden lediglich 41 Prozent für richtig halten, die größere Anteil von 56 Prozent ist gegenteiliger Meinung.

Wirtschaftliche Hilfe für Libyen wird von den Anhängern aller Parteien mit Ausnahme der FDP überwiegend begrüßt. Ein militärisches Engagement fände hingegen nur in Reihen der Grünen mit einer sehr knappen Mehrheit Zustimmung – ein doch bemerkenswerter Wandel in dem früher ausgesprochen pazifistisch orientierten Klientel.

Libyen: Deutsche Enthaltung war aus Sicht der Deutschen richtig

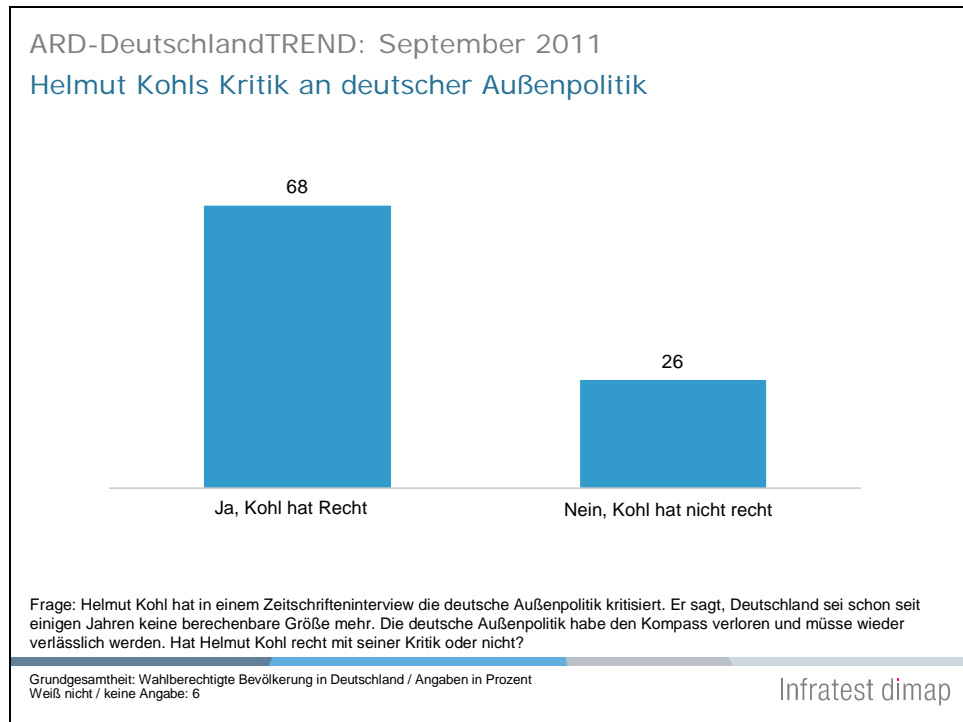
Die Enthaltung der Bundesrepublik bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat im März über den Einsatz der NATO wird, trotz der Entwicklung in Libyen, aus heutiger Sicht von der Mehrzahl von 54 Prozent der Bundesbürger für richtig erachtet. Demgegenüber vertreten 42 Prozent die Auffassung, Deutschland hätte für den NATO-Einsatz stimmen sollen.



Die FDP-Anhänger unterstützen in dieser Frage den Kurs ihres Außenministers. Auch die Anhänger der Linken stimmen der Enthaltung Deutschlands mit großer Mehrheit zu. In den Lagern von CDU/CSU und SPD ist die Frage ähnlich umstritten wie in der Bevölkerung insgesamt. In den Reihen der Grünen hätte man hingegen überwiegend eine Zustimmung befürwortet.

Kritik von Helmut Kohl an deutscher Außenpolitik findet positives Echo

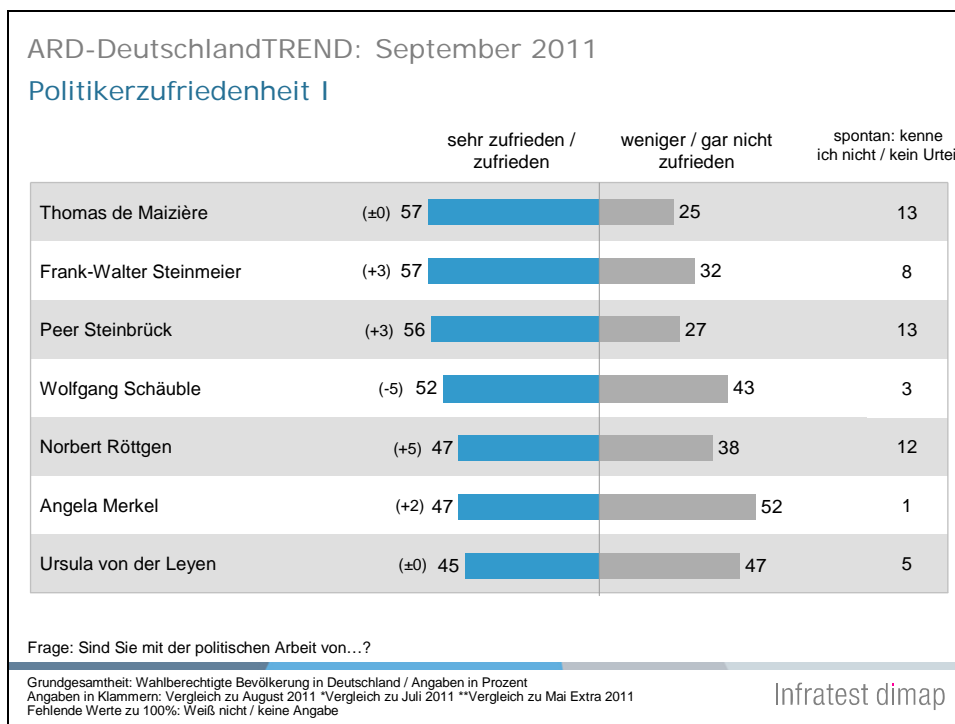
Helmut Kohl hat jüngst in einem Interview die deutsche Außenpolitik deutlich kritisiert. Kernpunkte seiner Einwände sind aus seiner Sicht die Unberechenbarkeit und die mangelnde Verlässlichkeit Deutschlands. Gut zwei Drittel der Bevölkerung (68 Prozent) geben dem Altkanzler bei seiner Einschätzung recht. Lediglich ein Viertel (26 Prozent) glaubt, er liege mit seiner Meinung falsch.



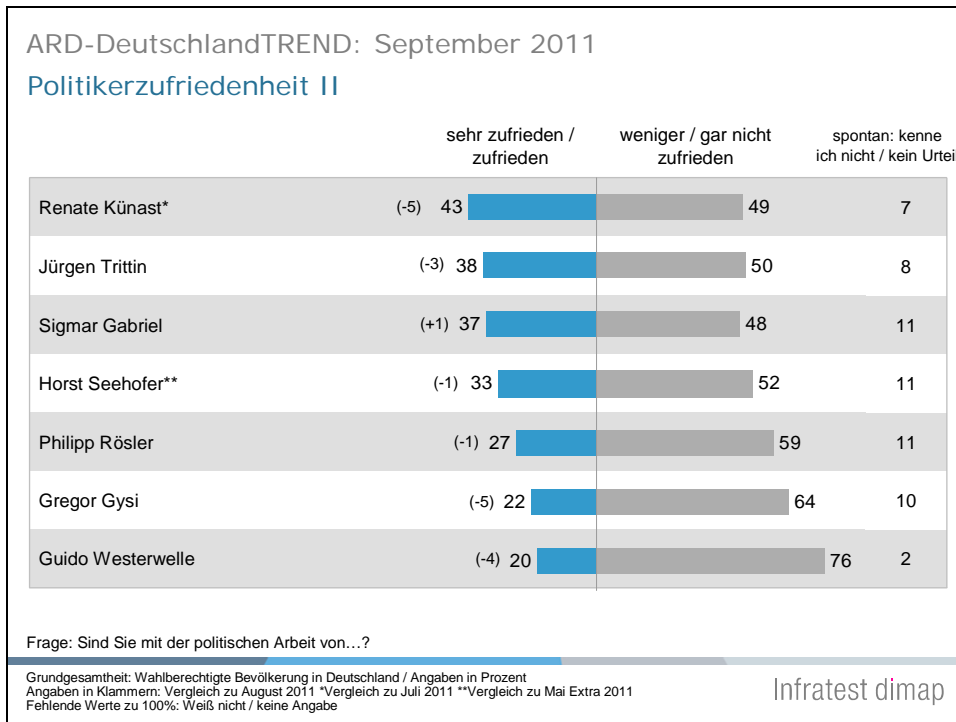
Bemerkenswert ist dabei der parteiübergreifende Konsens in den Anhängerschaften der Parteien. In den Reihen der Union, der SPD, der Grünen und der Linken finden sich deutliche Mehrheiten, die die Beurteilung von Helmut Kohl für zutreffend erachten. Lediglich die Anhänger der FDP teilen seine Kritik nicht.

Politikerzufriedenheit: De Maizière mit Steinmeier und Steinbrück vorne

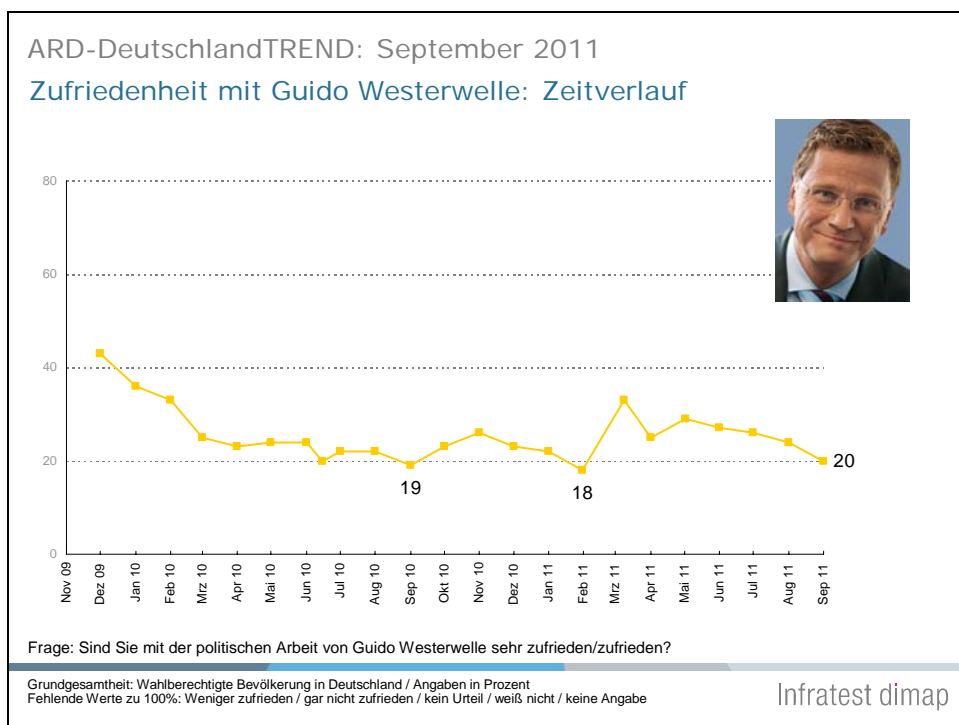
Die Rangliste der beliebtesten Parteipolitiker Deutschlands wird von einem Trio aus Verteidigungsminister Thomas de Maizière (57 Prozent) und den beiden Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier (57 Prozent) und Peer Steinbrück (56 Prozent) angeführt. Während der CDU-Minister seinen Zustimmungswert im Vergleich zum August hält, legen sowohl der SPD-Fraktionschef als auch der frühere Finanzminister 3 Punkte zu. Einen recht deutlichen Rückgang an Unterstützung muss Finanzminister Wolfgang Schäuble hinnehmen, der nun mit nur noch 52 Prozent (-5) den vierten Platz einnimmt.



Mit einer Zustimmungsquote von 47 Prozent (+5) führt Umweltminister Norbert Röttgen das Mittelfeld gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (+2) an. Ihnen folgt mit unverändert 45 Prozent Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, der ihre Vorschläge in der Europa- und Finanzpolitik offenbar weder genutzt noch geschadet haben. Die Fraktionsvorsitzenden der Grünen Renate Künast und Jürgen Trittin erhalten von 43 (-5) bzw. 38 Prozent (-3) der Bürger gute Noten, wobei beide Ansehenseinbußen hinnehmen müssen. Dies gilt nicht für den SPD Vorsitzenden Sigmar Gabriel, mit 37 Prozent (+1) Zustimmung ein leichtes Plus verzeichnet.

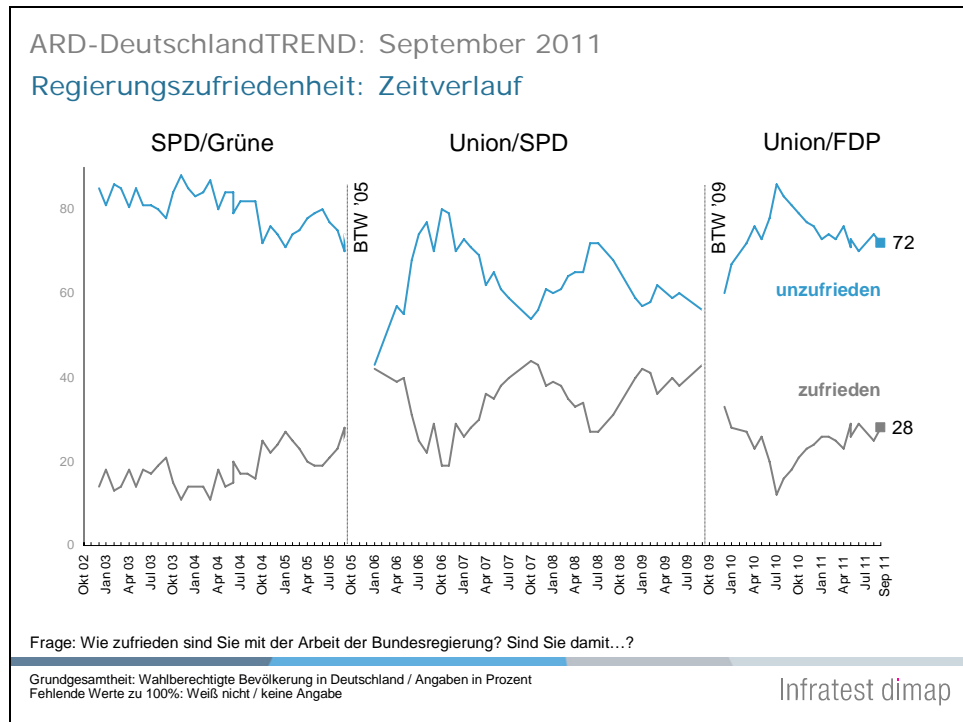


Hinter dem bayerischen Ministerpräsident Horst Seehofer (33 Prozent, -3) finden sich auf den letzten Plätzen FDP-Chef Philipp Rösler (27 Prozent, -1) und Außenminister Guido Westerwelle, der aktuell nur von 20 Prozent (-4) der Bevölkerung Lob erhält. Damit liegt der Außenamtschef noch hinter dem Fraktionsvorsitzenden der Linken Gregor Gysi, der mit 22 Prozent (-5) den schlechtesten Wert seit März 2006 hinnehmen muss.



Ansehen der Bundesregierung etwas verbessert

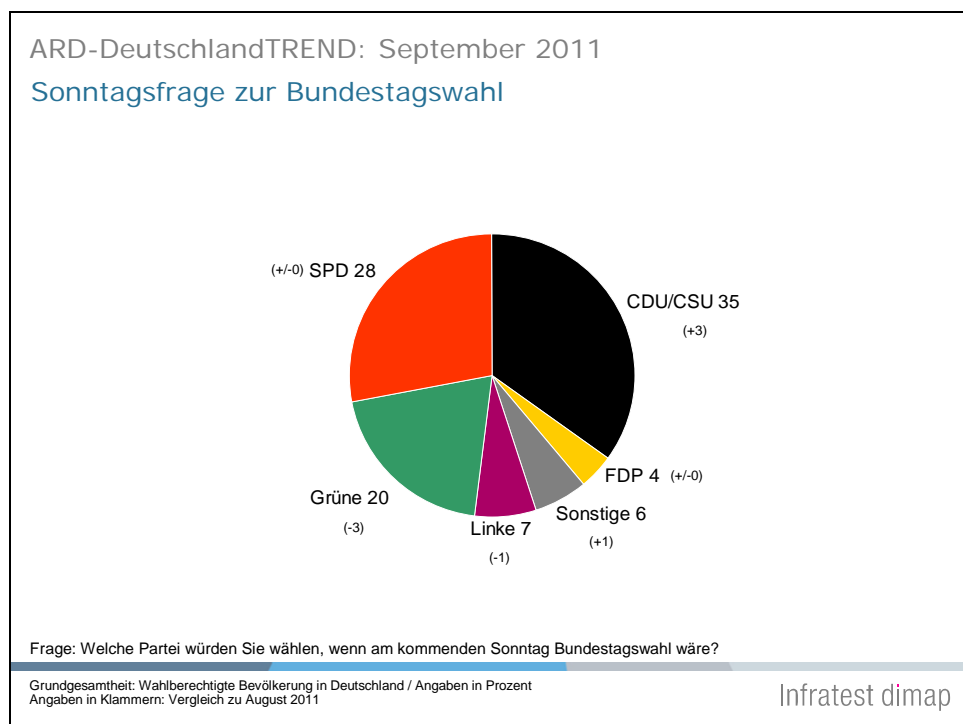
Derzeit äußern sich knapp drei Zehntel der Bevölkerung (28 Prozent) mit der Arbeit der Bundesregierung sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (27 Prozent). Jeder zweite Bundesbürger zeigt sich hingegen mit dem Kurs des Berliner Kabinetts weniger zufrieden und weitere 22 Prozent lehnen ihn rundweg ab. Damit hat sich die Bewertung der Bundesregierung im Vergleich zum August etwas verbessert.



Die Auffassungen in den Anhängerschaften der Parteien sind dabei sehr unterschiedlich. Im Lager der Union wird das Kabinett Merkel für seine Leistungen nach wie vor von einer – wenn auch knappen – Mehrheit gelobt. Auch die Anhänger der FDP äußern sich überwiegend positiv. Die Parteigänger der Opposition beurteilen Schwarz-Gelb nach wie vor sehr kritisch.

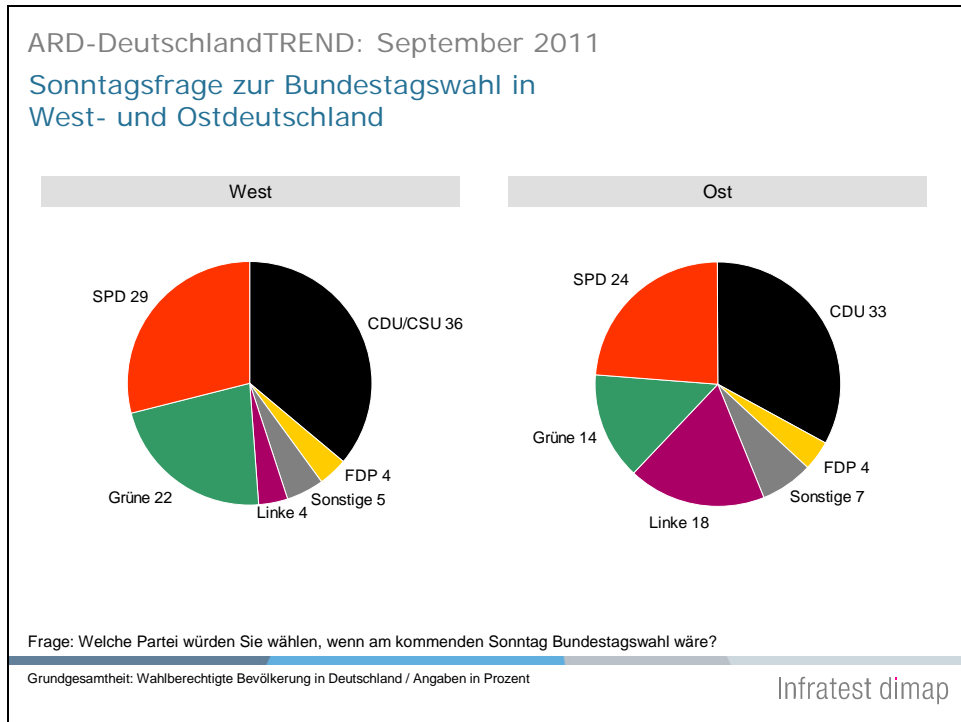
Sonntagsfrage: Union wieder deutlicher stärkste Partei

Im Zuge der Euro- und Schuldenkrise gelingt es der Union, im Vergleich zum August, ihren Rückhalt bei den Wahlberechtigten auszubauen: Würde am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt, käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von 35 Prozent, ein Plus von 3 Punkten. Der kleinere Koalitionspartner FDP verharrt mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle. Die Sozialdemokraten würden wie im Vormonat einen Stimmenanteil von 28 Prozent erreichen. Grüne (20 Prozent, -3) und Linke (7 Prozent, -1) büßen hingegen an Zustimmung ein. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent (+1) der Stimmen.



Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs hätte neben eine Großen Koalition auch ein rot-grünes Bündnis eine Mehrheit der Sitze im Bundestag.

Die Union verbessert sich in West und Ost deutlich um jeweils drei Punkte. In den *alten Bundesländern* kommen CDU/CSU auf 36 Prozent, SPD (29 Prozent) und FDP (4 Prozent) halten ihren Wähleranteil, während Grüne (22 Prozent) und Linke (4 Prozent) leicht verlieren.



In den neuen Ländern erreicht die CDU 33 Prozent. Hier legt die FDP leicht zu und käme derzeit auf 4 Prozent der Wählerstimmen. Alle anderen Parteien verlieren. Dies gilt sowohl für die SPD (24 Prozent), aber stärker noch für Linke (18 Prozent) und Grüne (14 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

--
 Richard Hilmer
 Reinhard Schlinkert